

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 319

22. Sept. 2004

11. Jahrgang

Die Verteuerung des Stroms: Erhellende Erläuterungen über ein dunkles Geschäft

Die Privatisierung des *service publique* ist seit Beginn der 80er-Jahre eine immer gerne angewendete Praxis der jeweiligen Regierung in ihrer Bestrebung, ein „Entwicklungsmodell“ entsprechend der Strukturanpassungsprogramme à la Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank durchzusetzen. Die von diesen Institutionen „empfohlene“ Wirtschaftspolitik fördert die Dezentralisierung der staatlichen Institutionen und eine Liberalisierung für ausländische Investitionen mit dem Argument, dadurch den Service für die Bevölkerung effizienter zu gestalten. Die Folge davon sind Privatisierungsprozesse, wie sie Sektoren wie der Transport, Wasserversorgung, Telekommunikation und Stromversorgung im Laufe der letzten 15 Jahre durchliefen. Der folgende Artikel untersucht diese Entwicklung am Beispiel der Stromversorgung Guatemalas, ein Sektor, der in letzter Zeit für seine Ineffizienz und überhöhten Preise in die Kritik der Öffentlichkeit geraten ist.

Der Artikel beruht u.a. auf Informationen der *Mesa Global de Guatemala*. Die *Mesa Global* ist eine „politisch-soziale Bewegung, die sich mit der neoliberalen Globalisierung und ihrer Auswirkung auf das Land“ auseinandersetzt (www.mesaglobal.net).

Im Verlauf des Jahres 2004 haben die rund 1'900'000 StromkonsumentInnen happige Preiserhöhungen verkraften müssen. Je nach Art des Verbrauchs (privat oder industriell) und Zulieferer, betragen die Erhöhungen zwischen 6 Centavos (pro Kilowattstunde, bei einem Verbrauch bis zu 100 kWh pro Monat) und 75 Centavos pro kWh (bei einem Verbrauch bis zu 300 kWh), bei einem Dollarkurs von ca. 1:8. Für die ca. 900'000 StromkonsumentInnen (also die Hälfte), die von einem sogenannten „Sozialtarif“ profitieren, betrug die Preiserhöhung rund 26%. Darauf wird noch die Mehrwertsteuer von 12% geschlagen, dazu kommen die Kosten, die das Verteilerunternehmen berechnet, um überhaupt zu verteilen. Pro Monat und Anschluss sind das ca. Q 7,40 (mal die 1'900'000 KonsumentInnen). Die Verteilerunternehmen verrechnen ausserdem nochmals Q 0,28 pro verbrauchter kWh für ihre Leistung. Weiter werden zwischen Q 7 und Q 9 für die öffentliche Beleuchtung berechnet, unabhängig davon, ob eine solche in einem bestimmten Wohnviertel oder in einer Strasse vorhanden ist oder nicht. Unabhängig auch davon, dass das Verfassungsgericht diese Rechnungsstellung als illegitim verurteilt hat, weil die Unternehmen, im Gegenzug dafür, dass sie ihre Strommasten auf öffentlichem Grund aufstellen, die Beleuchtung zur Verfügung stellen müssen. Konkret heisst das, wie protestierende BürgerInnen aus Jalapa öffentlich vorrechneten, dass sie von einer früher monatlich Q 60 bis 70 teuren Stromrechnung heute auf eine zwischen Q 225 bis 250 kommen – für den gleichen Service, regelmässige Stromausfälle inbegriffen.

Auf der anderen Seite kostet die Herstellung einer Kilowattstunde rund Q 0,12. Dies bedeutet einen saftigen Gewinn für die *Guatemalteckischen Energie-Werke* (EEGSA) und die jeweiligen Strom-Verteiler für den Osten (DEOCSA) und Westen (DEORSA) des Landes (beide im Besitz der spanischen Transnationalen *Unión FENOSA*). Die Verteuerung der Ener-

gie wird mit den ansteigenden Preisen für Öl und mit den Wechselkursen begründet. Interessant an der Sache ist, dass die ganze Infrastruktur schon über 70 Jahre alt ist, seither kaum verbessert wurde und entsprechend längst amortisiert ist.

Im Landesinnern ging die Empörung der Bevölkerung über die gestiegenen Stromkosten soweit, dass in einer Gemeinde die Person, die den Stromzähler ablesen sollte, von der Bevölkerung an einen Posten gebunden und geschlagen wurde. Das Menschenrechtsprokurat reichte gegen die seit dem 1. Mai 2004 geltende Preiserhöhung Klage beim Verfassungsgericht ein. Der Klage wurde stattgegeben, doch die Stromverteiler beharren auf ihrem neuen Rechnungssystem, bis von der *Nationalen Energiekommission* (CNEE) weitere Anweisungen gegeben würden. Diese reichte jedoch sofort einen Rekurs gegen den Gerichtsentscheid ein.

Historischer Rückblick

Die erste Konzession für Stromgewinnung in Guatemala wurde 1894 vergeben. Es ging damals um ein Wasserkraftwerk am Montagua-Fluss, mit dem die Hauptstadt, Antigua Guatemala, Chimaltenango, Amatitlán, Palín und Escuintla mit Strom versorgt wurden. Gebaut wurde das Kraftwerk von der deutschen *Siemens & Halske*. 1918 übernahm ein nordamerikanisches Konsortium, vertreten durch *Electric Bond & Share Co.* die Mehrheit der Aktien, baute zusätzliche Kraftwerke und dehnte die Stromversorgung auf weitere Landesteile aus.

Während der Revolution wurden die beiden Dampfkraftwerke *La Laguna* am Amatitlánsee in Betrieb genommen. 1967 übernahm der Staat die Aktien und Besitztümer der *Guatemalteckischen Energiewerke AG* (EEGSA). Die

Administration der verschiedenen Werke wurde dem *Nationalen Elektrizitätsinstitut* (INDE) übertragen, welches diese Aufgabe bis 1995 ausführte. Ein Jahr später verabschiedete der Kongress ein neues Elektrizitätsgesetz mit der Idee, Herstellung, Transport und Kommerzialisierung der Energie zu Entmonopolisieren. 1998, unter Präsident Alvaro Arzú, begann die Regierung, ihre Aktien zu verkaufen, der Privatisierungsprozess begann. Neuer Hauptaktionär wurde ein Konsortium aus *Iberdrola Energía*, *TPS de Ultramar LTD* und der portugiesischen *EDP Electricidade*, die zusammen 80% der Aktien kauften. Gleichzeitig verkaufte das INDE 89% seiner Aktien an die spanische *Unión FENOSA*. Insgesamt hatten diese Aktien einen Wert von ca. US-\$ 550 Mio..

Das Nationale Elektrizitätsnetz

Der Betrieb und die Organisation des Elektrizitätssektors wird von der *Nationalen Energiekommission* (CNEE) geregelt, welche durch ein Nationales Elektrizitätssystem (SNI) das Zusammenspiel der verschiedenen Generatoren und der Verteilernetze koordiniert. Im Moment sind 21 der 22 Departements an das SNI angeschlossen, eine Ausnahme bildet der Petén. Eine der Grundideen, mit der das SNI aufgebaut wurde, war der von der Regierung Portillo hochgelobte *Rurale Elektrifizierungsplan* (PER), mit dessen Ausführung die beiden Verteiler DEOCSA und DEORSA beauftragt wurden. Ursprünglich funktionierte der PER mit Finanzen aus einem Fonds, der Gelder aus dem Verkauf der INDE-Aktien, aus Tresor-Anleihen des Finanzministeriums und aus ausländischen Investitionen enthielt. Der Plan umfasste den Bau von 1'300 km Stromleitungen und 28 Verteilerstationen. Damit wären rund 280'000 Häuser in 2'600 Gemeinden an das Stromnetz angeschlossen worden. Die Idee schien bestechend und vorteilhaft für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Die Resultate nach drei Jahren Erfahrung mit dem PER zeichnen sich indes aus durch wachsende Kritik und Unzufriedenheit der Gemeinden, in erster Linie wegen der hohen Kosten und der Art und Weise, wie die Verteilernetze mit den KonsumentInnen umspringen.

Zukunftsperspektiven: Wasserkraftwerke im Rahmen des PPP

Noch sind die genauen Pläne und die Finanzierung der verschiedenen Wasserkraftwerke, die in Guatemala im Rahmen des *Plan Puebla Panamá* (PPP)

gebaut werden sollen, nicht klar. Auch wenn der mexikanische Präsident Fox im letzten März während einer Reise durch die Region solche Pläne leugnete, spricht alles dafür, dass die Vorbereitungen für die Ausführung einiger Mega-Projekte laufen, mit finanzieller Hilfe verschiedener Geldinstitutionen. Ein konkretes Beispiel dafür ist das Projekt der Stromleitung zwischen Mexiko und Guatemala, die von Los Brillantes, Retalhuleu, nach Tapachula, Chiapas, geht. Finanziert wird diese 147 km lange Leitung, die US-\$ 44,5 Mio. kostet, mit Geldern der japanischen und koreanischen Kooperation.

Im Jahr 2003 gab es bereits finanzielle Zusagen von über US-\$ 405 Mio. für den Ausbau des *Zentralamerikanischen Energiesystems* (SIEPAC), das die fünf Länder mit 1'830 km Stromleitungen verbinden will. Hauptfinanciers sind die *Interamerikanische Entwicklungsbank* (IDB) und die *Zentralamerikanische Bank für wirtschaftliche Integration* (BCIE).

Den meisten Strom generiert zur Zeit das umstrittene Wasserkraftwerk von Chixoy, Quiché, mit einer Leistung von 300 MW. Im Moment kursieren Gerüchte über den Bau weiterer Kraftwerke am Fluss Chixoy. Ferner ist ein grosses Wasserkraftwerk in der Gemeinde Río Hondo, Zacapa, geplant. Es soll im Jahr 2007 den Betrieb aufnehmen, wobei mit grossem Widerstand seitens der Bevölkerung gerechnet werden muss (siehe nebenstehender Artikel).

Ebenfalls geplant ist der Bau von Flusskraftwerken am Río Usumacinta, im Departement Petén. Der Zeitplan sieht wie folgt aus: Ausschreibung im Jahr 2004, Baubeginn 2005, Stauung des Flusses 2009 und Betriebsaufnahme 2010. Auch gegen den Bau dieser Kraftwerke gibt es grossen Protest aus der lokalen Bevölkerung, die sich in der *Frente Petenero contra las Represas* und in der *Alianza por la Vida y la Paz* zusammen geschlossen hat. Ihr Ziel ist es, die übrige Bevölkerung über die wirtschaftlichen, sozialen und ambientalen Auswirkungen dieses Projekts aufzuklären.

PPP und TLC

Guatemala ist im Jahr 2004 das zentralamerikanische Land, das am meisten Strom exportiert. Von Januar bis April betragen die Einnahmen aus dem Energiesektor US-\$ 12,8 Mio., bzw. 215'000 Megawattstunden, im Vergleich zu 11'286 eingekauften MWh. Die Frage, die hinter diesem ganzen Geschäft steckt, lautet: Wie hoch steigen die Gewinne im Elektrizitätssektor noch? Zweifellos betragen sie in den vergangenen zehn Jah-

ren Milliarden von Quetzales und die bestehenden Expansionspläne deuten eher auf eine Kapitalvermehrung denn auf eine Verbesserung der Leistung hin. Deshalb hat die Idee, mit der geplanten Unterzeichnung und Implementierung der Freihandelsabkommen im Jahr 2005 auch gleich die Energieversorgungspläne im Rahmen des PPP umzusetzen, einen rein wirtschaftlichen, politischen und militärischen Charakter, der in erster Linie die USA und die transnationalen Unternehmen begünstigt. Zentralamerika soll erleichterten Durchgang für Handel bieten, über die entsprechende Infrastruktur verfügen, frei von Zollbarrieren sein, Rohmaterial und Naturressourcen zur Verfügung stellen. Und gleichzeitig kann man noch die billige Arbeitskraft von Millionen von arbeitslosen Personen ausbeuten.

Zu den Nebenwirkungen, die eine Durchführung dieser Pläne mit sich bringt, gehören: Umweltzerstörung (Wasser- und Bodenverschmutzung, Entwaldung), Umsiedlung ganzer Dörfer und Gemeinschaften, Zerstörung von Land(wirt)schaftszonen, Ausrottung von Flora und Fauna und die Verletzung von internationalen Abkommen (Protokoll von Cartagena über den Schutz der Umwelt, Abkommen 169 der ILO über die Rechte indigenen Völker).

Es ist deshalb gefährlich, Privatisierung, Investition und Expansion des Energiesektors mit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in Guatemala gleichzusetzen. Noch sind zu viele Fragen über die Effekte dieser Art von Entwicklung ungeklärt.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Widerstand gegen Staudämme

Guatemala, 12. Sept. Die Konflikte, die in der Gemeinde Río Hondo, Zacapa, um den Bau von Wasserkraftwerken entstanden sind, sind exemplarisch für andere im ganzen Land. Seit Jahren hoffen die *Hydro West Group* und *Inversiones Pasabién S.A.*, mit dem Bau des Wasserkraftwerks Río Hondo II beginnen zu können. Im Moment fehlt die lokale Unterstützung, genauer, die notwendige Baubewilligung, die von der Gemeindebehörde ausgestellt werden muss.

Der geplante Stausee soll 1,2 Mio. Kubikmeter Wasser fassen, eine Staumauer von 34 Metern Höhe haben und in den Ausläufern des Naturschutzgebietes der *Sierra de las Minas* liegen.

Geplant wird an dem Projekt schon seit 10 Jahren, u.a. stoppte der Hurrikan Mitch die Planung vorübergehend und beschädigte auch das Becken sowie die Staumauer des bereits bestehenden Kraftwerks *Río Hondo I*.

Die Gemeinderegierung verweigert die Baubewilligung mit der Begründung, der Fluss habe nicht die Kapazität für zwei Wasserkraftwerke, wie der Bürgermeister von Río Hondo, Felipe Alfredo Méndez Paíz erklärte. Gemäss Méndez Paíz haben die 1'800 BürgerInnen der Gemeinde eine Petition unterzeichnet, mit der sie sich gegen den Bau des Kraftwerks aussprechen. Der Bürgermeister selber wurde vor einem Jahr wiedergewählt, u.a. deshalb, weil er die Anliegen der Bevölkerung ernst nimmt.

Dieser Widerstand ist das Ergebnis der bisherigen Erfahrungen mit Wasserkraftwerken in der Gegend: Als nämlich das Wasserkraftwerk *Pasabién*, am gleichnamigen Fluss gelegen, in Betrieb genommen wurde, beklagten sich die elf umliegenden Gemeinden über verschmutztes und immer spärlicher fliessendes Wasser. Unterdessen beschwert sich ein Teil der BewohnerInnen, sauberes Trinkwasser kaufen zu müssen, Trinkwasser, das von weit her herangefahren werden muss. Ebenfalls musste die Bevölkerung feststellen, dass die versprochenen Verbesserungen von Infrastruktur im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen nichts als leere Worte waren.

Handfeste Proteste gab es vor einer Woche auch gegen eines der umstrittensten Wasserkraftwerke in Guatemala: Chixoy, im Departement Alta Verapaz.

Die Geschichte dieses Projekts hängt eng zusammen mit der Vertreibung ganzer Dörfer in den 70er Jahren, mit Militarisierung und Massakern (Río Negro) und permanenten Landstreitereien.

Seit über 20 Jahren warten die damals Vertriebenen und die Hinterbliebenen der bei den Massakern Ermordeten auf eine Entschädigung durch die Kraftwerksbetreibenden sowie auf die Einhaltung deren Versprechen, wie z.B. die lebenslängliche kostenlose Energieversorgung. Vor zwei Monaten wurde in einer der Gemeinden, Pacux, von DEORSA, dem zuständigen Energielieferanten, der Strom abgestellt. Seither funktioniert im Dorf weder das Licht noch gibt es Wasser, da auch die Wasserpumpe nicht mehr läuft. Selbst die Weltbank konstatierte in einem Evaluationsbericht aus dem Jahre 1996, dass die Entschädigungsprogramme, die den Vertriebenen angeboten wurden, nicht umgesetzt wurden, geändert hat sich deswegen jedoch nichts.

Das Wasserkraftwerk Chixoy ist das grösste im Land, der Stausee ist 14 km² gross, fasst 425 m³ Wasser und generiert etwa 30% der nationalen Energieproduktion. Die Staumauer ist 130 Meter hoch, gebaut wurde das Projekt zwischen 1978 und 1983, während der Militärdiktaturen von Lucas García und Ríos Montt. Unterdessen liegen Pläne vor, am selben Fluss drei weitere, kleinere Kraftwerke zu bauen. Dazu will die Regierung Konzessionen vergeben, weil sie selber nicht über das Geld für diese milliardenschwere Investition verfügt, der Bau der drei Kraftwerke kostet etwa US-\$ 1 Mrd.. Die drei Werke sollten laut Plänen des Ministeriums für Energie und Minen bis 2008 in Betrieb genommen werden und zusammen über 900 Megawatt Leistung erbringen.

UmweltschützerInnen kritisieren zwei der drei Projekte: eines würde an einer geologisch problematischen Stelle gebaut, der Bau eines anderen hätte die Umsiedlung Tausender von Familien zur Folge.

Rund 2'000 BäuerInnen besetzten am 7. September per Boot, zu Fuss oder in Bussen anreisend, die Installationen des Wasserkraftwerks Chixoy, nahmen zwei Techniker des Unternehmens als Geiseln und forderten die Regierung und die internationalen Geldgeber zur Verantwortung, speziell bezüglich der Erfüllung der nicht eingehaltenen Versprechen und der

Wiedergutmachung. In einer Presseerklärung werfen die BesetzerInnen der guatemaltekischen Regierung vor, im Interesse transnationaler Unternehmen zu arbeiten und forderten die Einstellung von Planung und Bau weiterer Wasserkraftwerke, solange die von einem solchen Projekt betroffene Bevölkerung nicht konsultiert würde.

Sofort wurden Verhandlungen aufgenommen, an denen nebst VertreterInnen der BesetzerInnen das Menschenrechtsprokurat (PDH), MINUGUA und Vertreter des *Nationalen Elektrizitätsinstituts* (INDE) teilnahmen. Präsident Berger verkündete sofort, dass er die harte Linie einschlagen werde (die Besetzung von Chixoy fand eine Woche nach der gewaltsamen Räumung der Finca Linda Nueva statt, die Red.) und dass der Rechtsstaat durchgesetzt werde. Die Tatsache, dass die BesetzerInnen gut organisiert waren, schrieb Berger der Präsenz von AusländerInnen und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen unter den BesetzerInnen zu. Ebenso machte das Gerücht die Runde, dass die Besetzenden ehemalige Zivilpatrouillisten seien, und genauso wie im Fall der Finca Nueva Linda wurde auch hier von einer Manipulation der BäuerInnen gesprochen. Das Gerücht über die Ex-PAC konnte sich nicht halten und sowohl MINUGUA wie auch verschiedenen Nichtregierungsorganisationen erklärten, ihre Leute seien einzig zum Schutz der BesetzerInnen anwesend gewesen. Immerhin war Präsident Berger so klug, während der Verhandlungen weder Polizei noch Militär in die Nähe des besetzten Geländes zu schicken.

Nach 27 Stunden harter Verhandlungen erklärten sich die BesetzerInnen bereit, die Installationen zu räumen. Es konnte eine Einigung erreicht und unterzeichnet werden, in der sich die Verantwortlichen des INDE verpflichteten, die damals unterschriebenen Versprechen gegenüber den 18 vom Bau des Stausees betroffenen Gemeinden nochmals zu prüfen. Auch soll eine Verhandlungskommission gegründet werden, in der nebst den betroffenen BäuerInnen die Regierung, das Energieministerium, die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank vertreten sind. Als Mediatorin soll die PDH auftreten.

Ein erstes Treffen wurde auf den 16. September anberaumt. Obwohl keine Klage eingereicht wurde, wurde eine Officialuntersuchung gegen die BesetzerInnen eingeleitet.

Unklarheiten rund um die Räumung der Finca Nueva Linda

Guatemala, 14. Sep. Während national und international die gewalttätige Räumungsaktion der Finca Nueva Linda in Champerico, Retalhuleu, vom 31. August verurteilt wurde (vgl. ¡Fijáte! 318) und die bei diesem Vorfall von den Polizeikräften bedrohten und ihrer Film- und Fotomaterialien entledigten Journalisten weltweit Solidaritätsbekundungen erhielten, sind die Ermittlungen bislang wenig fortgeschritten.

Am 6. Sept. demonstrierten rund 1'000 Personen, allen voran Frauen, vor dem Gericht in Retalhuleu und forderten die Freilassung der Verhafteten. "Con Berger ganamos el masacre de Nueva Linda" - "Mit Berger gewinnen wir das Massaker von Nueva Linda", war eine ihrer Parolen, in Bezug auf den Wahlspruch "mit Berger gewinnen wir alle".

Mangels Beweisen wurden 29 der mindestens 31 festgenommenen BäuerInnen tatsächlich freigelassen. Zehn gefundene Leichen sind unterdessen forensisch untersucht und zum Teil beerdigt. Die PathologInnen fanden heraus, dass vier der toten Bauern Schüsse in Kopf und Thorax erhielten, drei Bauern an den Folgen von Schlägen und Tritten starben – zwei von ihnen waren Minderjährige - und die drei Mitglieder der Polizei-Spezialkräfte (FEP) Schüssen in Rücken und Genick erlagen. Die Zahl der Verletzten ist insofern unklar, weil sich vermutlich noch einige von ihnen aus Angst vor Festnahme versteckt halten und noch keine Gesundheitseinrichtung aufgesucht haben.

Zwar wurde bereits mit den Ausgrabungen von vier Klärgruben auf der Finca begonnen, in denen man weitere Leichen vermutet, da sich am Rand der frisch aufgeschütteten Erde Kleidungsstücke fanden und AugenzeugInnen sowie Spuren darauf hinweisen, dass mit schweren Landmaschinen die Erde bewegt und Leichen in die Gruben geworfen worden waren, doch es wurden noch keine Funde bekannt gegeben.

Aufgrund von Anklagen hat die Staatsanwaltschaft inzwischen Verfahren gegen die FEP wegen extrajudizieller Hinrichtung in drei Fällen und Machtmissbrauchs aufgenommen, Verbrechen, auf die 25 – 30 Jahre Haft stehen.

Während die siebenmonatige Finca-Besetzung durch 1'500 BäuerInnen als Druckmittel gegen den Finca-Besitzer, dem das Verschwinden des Finca-Verwalters Héctor René Reyes angelastet wird, kaum Thema ist und entsprechende Untersuchungen allein von der *UN-Mission für Guatemala* (MINUGUA) explizit eingefordert wurde, konzentrieren sich die Medienberichte auf

die Widersprüche hinsichtlich der Räumungsaktion an sich, in die sich die Regierungsfunktionäre, allen voran Innenminister Carlos Vielmann, mehr und mehr verstricken. War die Aussage von Präsident Oscar Berger kurz nach dem Vorfall schon in sich verquer, als er meinte, die Regierung würde den Dialog mit den BäuerInnen verstärken und den mit diesen vereinbarten 90 Tage-Pakt – der unter anderem in dieser Zeit keine weiteren Finca-Räumungen beinhaltete – nicht brechen, vollzogen sich die Verirrungen im Diskurs des Innenministers langsamer. Bei seiner ersten Anhörung zum Fall vor dem Kongress Anfang September schob er die komplette Verantwortung für das Vorgehen auf der Finca der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) und ausdrücklich deren Chef, Erwin Sperisen, in die Schuhe. Dabei wies Vielmann noch darauf hin, dass die FEP die Angegriffenen waren und sich nur verteidigt hätten. Keine vierzehn Tage später, diesmal von der Opposition befragt, beinhaltete die Aussage des Innenministers, dass die Räumung eine Anordnung vom Richter mit „unserer Billigung“ war, „ich habe sie autorisiert“.

Ebenfalls zu Aussagen vorgeladen wurde der Gouverneur von Retalhuleu, Carlos Quintana, von dem man weiss, dass er am 31. August, kurz bevor die Räumung der Finca begann, davon sprach, dass es Tote geben werde. Quintana arbeitete früher als Veterinär auf der Finca und war/ist mit den Besitzern bekannt.

Menschenrechtsprokurator Sergio Morales berichtete unterdessen von Aussagen einiger Fincabesetzenden, die zu Beginn der Räumungsaktion beobachteten, dass aus der ersten Reihe der BäuerInnen auf die FEP geschossen wurde. Nach einer Viertelstunde wären diese Bewaffneten jedoch in Geländewagen davongefahren.

In diesem Zusammenhang kursiert seit jüngstem das Gerücht, dass sich eine Gruppe namens "Landlose Mayas", der zum Teil ehemalige Mitglieder der Guerillafraktion FAR, jedoch auch der verschwundene Finca-Administrator Héctor René Reyes, angehörten, unter die BesetzerInnen gemischt hätte und sie es gewesen sei, welche geschossen und dann sofort verschwunden sei. Obwohl diese Information aus Regierungskreisen stammt, wollte dort vorläufig niemand gegenüber der Presse Stellung nehmen.

Was jedoch von der politischen Leitung der ehemaligen Widerstandsdörfer CPR-Sierra bestätigt wurde, welche auf angrenzenden Ländereien der Finca Nueva Linda angesiedelt sind, ist

die Teilnahme von Mitgliedern dieser Gruppe an der Besetzung. Auf dem ihnen zugeteilten Land sei der Platz zu knapp gewesen und die Leute hätten sich andere Überlebenschancen suchen müssen, weshalb ein Teil der Familien zu den BesetzerInnen gestossen sei, hiess es, nebst Solidaritätsbekundungen mit den geräumten BäuerInnen, in einer Presseerklärung.

Die JournalistInnenvereinigung Guatemalas (APG), die bei der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) und der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OEA) um Personenschutz für die angegriffenen JournalistInnen anfragte, wirft der Regierung indes Manipulation vor. Zunächst hätte sie ein FEP-Kontingent auf die Finca geschickt in dem Wissen, damit eine widerständige Reaktion bei den BäuerInnen hervorzurufen, um anschliessend die offene Repression zu rechtfertigen und einen Präzedenzfall für den Umgang mit besetzenden BäuerInnen zu setzen. Den Vorschlag von Innenminister Vielmann, die JournalistInnen für ihre materiellen und körperlichen Verluste und Verletzungen zu entschädigen, wies die APG ab. Damit würde die Regierung einen niedrigen Preis für das Erreichen ihrer Absichten zahlen.

Zwei weitere delikate Informationen erweitern die Spekulationen um das Regierungsinteresse im Zusammenhang mit der Finca Nueva Linda. Alba Estela Maldonado von der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) gab bekannt, sie wolle der Information nachgehen, dass im Rahmen des Freihandelsplans *Plan Puebla Panamá* (PPP) just in der Gegend von Champerico der Bau eines Trockenkanals geplant sei, mittels dem die mittelamerikanische Infrastruktur ausgebaut werden soll. Maldonado unterstrich dabei die Bedeutung der Zone als wirtschaftlich strategisch, in der Drogen- und Menschenhandel blühten.

Präsident Berger hat derweil eine Kommission „humanitären Charakters“ einberufen, die die Nueva-Linda-relevanten Berichte von Kongress, Staatsanwaltschaft, PNC und PDH analysieren soll. Dieser angehören sollen nicht nur der Präsidiale Menschenrechtskommissar Frank LaRue, Mariel Aguilar von der *Kommission zur Lösung der Landkonflikte* (CONTIERRA) und jemand von der BäuerInnenorganisation CONIC, sondern ausgerechnet auch Rigoberta Menchú, Botschafterin des guten Willens, die sich kurz nach dem Räumungssektat den Vorwürfen der Regierung anschloss, die BesetzerInnen gehörten dem organisierten Verbrechen an.

Verteidigungsministerium und EMP als Geldwaschanlagen

Guatemala, 14. Sep. Nicht nur aufgrund eines entsprechenden Antrags von Nineth Montenegro, Abgeordnete der Partei *Allianz Neue Nation* (ANN), wird die Staatsanwaltschaft nun ihre Ermittlungen ausweiten, um die Rechtmässigkeit der gesamten Ausgabenmenge des Verteidigungsministeriums unter Ex-Präsident Alfonso Portillo zu überprüfen. Bereits im letzten Monat waren erhebliche Zweifel vor allem hinsichtlich des Etats des inzwischen aufgelösten *Präsidenten Generalstabs* (EMP) aufgetaucht, welche die öffentlichen Nachforschungen beschleunigten (vgl. *Fijate!* 318). Wie die *Superintendencia de Bancas* (SB), die diesen bereits seit Juli nachgeht, nun bekannt gab, hat das im EMP offensichtlich verschwundene Geld jeweils lange Reisen unternommen, um letztendlich auf Konten von EMP-Mitgliedern zu landen. Zu diesen gehören Offiziere, aber auch der ehemalige Leiter des EMP, Raúl Castillo, sowie der damalige Verwaltungschef, Raúl Cerna.

Innerhalb von sechs Monaten ist es diesen Herren gelungen, mehr als 57,3 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 7 Mio.) des EMP beiseite zu schaffen. Möglich war dies mit Hilfe von Angestellten niedrigeren Ranges, die für angebliche, jedoch nie ausgeführte Leistungen Schecks erhielten, welche wiederum auf die Konten der „Oberen“ eingezahlt wurden, sowie über 58 extra gegründete Scheinfirmen, die zum Teil am selben Tag angemeldet wurden und unter der selben Adresse und Telefonnummer erreichbar waren. Die StaatsanwältInnen schätzen die Gesamtsumme an gewaschenen Geldern noch deutlich höher als die in den ersten Anklagen benannten Q 906 Mio., verfügte das Verteidigungsministerium während vier Jahren doch über mehr als 5,5 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 693 Mio.), über die dem Rechnungsprüfungshof keine Belege vorliegen. Dem EMP werden davon bereits mindestens Q 500 Mio. an unterschlagenen Geldern zugeschrieben.

Neben der Schwierigkeit, die mutmasslich Involvierten zu lokalisieren, sind die ErmittlerInnen der Staatsanwaltschaft mit der generell mangelnden Dokumentation konfrontiert, schliesslich liefen alle Finanzgeschäfte des EMP unter strengster Geheimhaltung. Der *Präsidenten Generalstab* war zuständig für die Sicherheit des Präsidenten, des Vizes und deren Familien. Schon in den Friedensverträgen 1996 war die Auflösung dieses Stabes vereinbart. Diese erfolgte jedoch erst 2003 und kostete nochmals rund 70 Mio. Quetzales. Dabei ist bislang immer noch keine Anga-

be über die tatsächliche Anzahl der Demobilisierten bekannt geworden. Zum Teil haben sie im gewöhnlichen Heer, teilweise jedoch auch in der zivilen EMP-Nachfolgeinstitution SAAS, dem *Sekretariat für Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten*, Aufnahme gefunden. Gemäss eines Berichts des BeraterInnen-teams von Nineth Montenegro wurden dem Verteidigungsministerium vom Kongress zwischen 2000 und 2003 etwas mehr als 3 Mrd. Quetzales zugebilligt. Mittels Extra-Überweisungen, die vom Finanzministerium autorisiert wurden, verdoppelte sich dieser Fond knapp. Rechtfertigungen für solche zusätzlichen Gelder waren 2001 beispielsweise die Bereitschaft des Militärs, sich um die Verteilung von Düngemitteln und das Programm der Schulspeisung – in Form eines Kekses – zu kümmern. Schon 2002 wurden exzessive Ausgaben für zweifelhafte Ankäufe aufgedeckt. Unter anderem wurden 8,1 Mio. Quetzales innerhalb eines Jahres für die Essensversorgung von 20 Personen berechnet.

Von sechs Militärangehörigen, darunter zwei der bereits im EMP-Fall Beschuldigten, aber auch Ex-Generalstabschef Enrique Ríos Sosa und andere Kollegen aus der Führungsetage, wurde gleich Einspruch erhoben, als bekannt wurde, dass diesem Sextett vorgeworfen wird, aus der Kasse des Verteidigungsministeriums 37 Mio. Quetzales per unsauberer Überweisungen an die staatliche Hypokreditanstalt (CHN) weitergeleitet zu haben. Die Militärs berufen sich darauf, dass das Staatsgeheimnis, dem das Verteidigungsministerium unterliege, nicht aufgehoben werden

dürfe, wie es vor einigen Wochen ein Richter per Urteil bereits dekretierte. Diesem Gesuch wurde jedoch nicht stattgegeben.

Allein der Versuch der Nichtbefolgung eines Gerichtsbeschlusses, der in diesem Fall die Herausgabe der ministerialen Buchhaltung anwies, bringe die wenigen erreichten Fortschritte in Sachen Rechtsprechung in Gefahr, meinte Mario Polanco, Leiter der Menschenrechtsorganisation GAM, dazu. Er verwies auf die dringende Notwendigkeit, dem Militär begreiflich zu machen, dass es sich nicht länger über die Verfassung stellen könne. Dieser Einstellung stimmt der Kongress zu. Nineth Montenegro wies derweil darauf hin, dass mittels einer fakultativen Konsultation des Verfassungsgerichts das Problem der unbestimmten Reichweite des Staatsgeheimnisses eindeutig geklärt und dieses, wie beschlossen, im aktuellen Fall aufgehoben werden müsse.

Richter Víctor Hugo Herrera Ríos von der ersten Strafinstanz ordnete inzwischen die Beschlagnahmung der Buchhaltungsunterlagen an. Er verwies dabei die Anwesenden, VertreterInnen der Staatsanwaltschaft, des Generalprokurats, den Verteidigungsminister selbst, Anwälte der angeklagten Militärs und Sachverständige des Rechnungsprüfungshofs, auf Geheimhaltung der zu unternehmenden Ermittlungsschritte. Bislang kennen nur dieser Richter, der Verteidigungsminister César Méndez Pinelo, dessen Finanzchef sowie Manuel Antonio Hernández Batres, der für die Ermittlungen vom Gericht bestellte Wirtschaftsprüfer, den Inhalt der Unterlagen.

Der Verteidigungshaushalt der letzten 14 Jahre

Guatemala, 7. Sep. Der Mangel an grundlegender Infrastruktur für Millionen von GuatemalteKInnen, die im Elend leben, hat keinen der Präsidenten gerührt, die in den vergangenen 14 Jahren den Haushalt des Verteidigungsministeriums um 180% erhöht haben, die Inflation mit eingerechnet. Weder die Kritik von Seiten der sozialen Sektoren noch die Reduktionsauflagen der Friedensverträge von 1996 zeitigten dabei eine Wirkung.

Allein in Bezug auf den *Präsidenten Generalstab* (EMP), der mit acht Jahren Verspätung 2003 endlich aufgelöst wurde, wuchsen die Kosten von rund US-\$ 8 Mio. im Jahre 1990 auf stolze US-\$ 22,5 Mio.. Selbst im Jahr der Auflösung verfügte der EMP noch über mehr als US-\$ 15 Mio..

Die Gesamtausgaben von EMP

und der Finanzabteilung des Militärs schwankten unter den verschiedenen Präsidenten erheblich. Gaben sie im letzten Jahr unter Vinicio Cerezo (1986 - '90) noch rund US-\$ 55 Mio. aus, billigte Jorge Serrano Elías in seiner Amtszeit ('90 - '93) ca. US-\$ 266 Mio.. Amtsinhaber von '93 - '96, Ramiro de León Carpio, beschränkte sich auf ca. US-\$ 138 Mio. während die beiden Militärdependancen unter Álvaro Arzú ('96 - '99) über US-\$ 565 Mio. verfügten (inklusive der Extra- Investitionen von US-\$ 2,75 Mio. im Zusammenhang mit dem Hurrikan Mitch '98.). Unter Alfonso Portillo ('99 - 2003) nahmen schliesslich die Militärausgaben mit rund US-\$ 801 Mio. vergleichsweise extreme Ausmasse an. Im aktuellen Etatentwurf für 2005 werden dem Militär gleich ca. US-\$ 96 Mio. gestrichen.

“Los, Guatemala!”: Wirtschaftliche Reaktivierungspläne

Guatemala, 3. Sep. „Guate wächst“, „Guate steht dir bei“ und „Guate konkurriert“ sind die Schlagwörter der drei grundlegenden Komponenten, die den von Präsident Oscar Berger und seiner Equipe vorgestellten „Plan zur wirtschaftlichen und sozialen Reaktivierung“ ausmachen. Der für die Plandurchführung notwendige Etat wird auf 7,2 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 900 Mio.) geschätzt.

Unter dem Motto “Los, Guatemala!” soll die Wiederbelebung der Wirtschaft und sozialen Harmonie durch Programme mit schneller und weitreichender Wirkung angestossen werden.

Das Solidarität verheissende „Guate steht dir bei“ steht für die Förderung der Produktionskapazitäten auf dem Land, den sozialen Schutz, die soziale Beteiligung, die Unterstützung von GuatemaltekenInnen im Ausland, Bildung und Schaffung von Chancen. Schätzungsweise 5,2 Mrd. Quetzales sind für Programme gegen den Hunger, zum Schutz von Kindern, Bildung und sozialen Wohnungsbau vorgesehen.

„Guate wächst“ ist dagegen Synonym für öffentliche und private Investitionen und ebensolche Allianzen. Das Programm sieht unter anderem im Rahmen des Nationalen Energie-Investitionsplans die Konzessionsvergabe für zahlreiche Wasserkraftwerke vor.

Die Komponente „Guate konkurriert“ schliesslich soll den Export fördern,

Kleinst-, Kleine und Mittlere Unternehmen, die Produktivität, Innovation und Investitionsklima unterstützen sowie die Betreuung der VerbraucherInnen gewährleisten. Dazu gehören Aktionen wie die Modernisierung und Konzessionsvergabe aller Flughäfen im Land sowie die Beschleunigung der Rückerstattung des Steuerkredits.

Berechtigterweise skeptisch fragen VertreterInnen der sozialen Sektoren und AnalystInnen nach der Quelle der notwendigen Gelder und dem Ziel des Plans, deuten doch die Aktionsprämissen der Regierung einmal mehr auf kurzfristige Massnahmen hin, die in erster Linie den privaten Sektor begünstigen. So benennt der Politikwissenschaftler Jorge Fuentes die aktuelle Situation als „virtuelle ideologische Diktatur - so genannt, weil wir uns nicht aus dem unternehmerischen, neoliberalen Globalisierungsschema befreien können - die sich in dem Regierungsversuch niederschlägt, die wirtschaftliche Flaute aufzuheben.“

Doch für seine hehren Pläne und vor allem für die Finanzierung derselben braucht Berger nicht nur die Billigung des Kongresses, sondern von diesem in erster Linie die Verabschiedung eines entsprechenden Staatshaushaltes zumindest für 2005. Diese Entscheidung steht im September auf dem Programm des Parlaments. Bis dahin muss noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden,

müssen doch im nächsten Etat auch die Zahlungen an die ehemaligen Zivilpatriotten (Ex-PAC) eingeplant werden.

Derweil hat Finanzministerin Antonieta del Cid de Bonilla einen ersten Haushaltsentwurf für 2005 dem Kongress vorgelegt. Der um knapp 1 Mrd. Quetzales im Vergleich zu 2004 erhöhte Etatvorschlag über 31,776 Mrd. Quetzales (knapp US-\$ 4 Mrd.) sieht neben 300 Mio. Quetzales für die Ex-PAC eine Erhöhung der Staatsverschuldung vor, was sowohl von der Ex-Finanzministerin Ana de Molina als auch von Carlos Barreda, Vertreter des *Kollektivs sozialer Organisationen (COS)*, kritisiert wurde. De Molina ist der Ansicht, dass die Erhöhung der Sozialausgaben durchaus notwendig sei, dies jedoch mittels der Verpfändung zukünftiger Einkünfte erreichen zu wollen, wurde von ihr verurteilt.

Beide WirtschaftsexpertInnen sind sich einig darin, dass vielmehr die Steuereinnahmen des Staates gestärkt werden müssten und auf die Integrität des Fiskalpakts zurückgegriffen werden sollte, um die aufgenommenen Sozialverpflichtungen einlösen zu können.

Auch wenn das im neuen Etat eingeplante Haushaltsdefizit von 1,8% unter dem erwarteten von 2% liegt, wies Barreda darauf hin, dass dieses die Festlegungen in den Friedensverträgen überschreite.

Tag der MigrantIn

Guatemala, 4. Sept. In Tecún Umán, an der Grenze zu Mexiko, wurde der internationale Tag des/der MigrantIn mit einer Reihe von Aktivitäten begangen. Koordiniert wurden die Aktivitäten und öffentlichen Veranstaltungen, Filmvorführungen, Radioprogramme etc. von der *Casa del Migrante*. Ziel dieser Veranstaltungen war es, die Bevölkerung über das Phänomen der Migration und ihre Gründe und Ursachen aufzuklären. Gemäss Walter Arrega von der *Casa del Migrante* ist es vor allem die Armut, welche heute die Menschen zur Migration treibt, in der Hoffnung auf ein besseres Leben im "Norden". Doch nicht alle erreichen dieses Ziel, viele werden unterwegs von den Migrationsbehörden gefasst und nach Guatemala zurück geschickt. Laut Angaben von Arrega betreute die *Casa del Migrante* im Verlauf dieses Jahres bereits über 10'000 Personen, die von den mexikanischen Migrationsbehörden deportiert wurden.

Ebenfalls anlässlich des Tags des/der MigrantIn gab der *Nationale Rundtisch zu Migrationsfragen* (MENAMIG)

bekannt, dass die Menschenrechtsverletzungen gegenüber MigrantInnen zunehmen und forderte die Regierung auf, integrale und realistische Lösungen zu suchen. Diese müssten auf der regionalen Ebene angesetzt werden, da auch das Phänomen der Migration grenzübergreifend sei. Menschenrechtsverletzungen gegen MigrantInnen werden überall und von allen Migrationsbehörden begangen. So unterzeichneten jüngst die mexikanische und die US-amerikanische Regierung ein Abkommen, das den Einsatz von mit Chilipulver oder Senf gefüllten Gummigeschossen bewilligt, was zu schweren Verbrennungen führen kann.

Während heute die Migration in Zentralamerika meist arbeitsbedingt ist, erinnerten die guatemaltekenischen Medien kürzlich an die Geschichte einer Gruppe Menschen, die aus kriegsbedingten Gründen ins Ausland mussten.

Es handelt sich dabei um eine Gruppe von 29 Familien, die in den 80er-Jahren vor dem Krieg nach Honduras flüchtete und aus unerfindlichen Gründen vom UNO-Hochkommissariat für Flücht-

linge (UNHCR) nach Bolivien gebracht wurde. Dort leben sie nun seit 20 Jahren, haben Familien gegründet und versuchen, im zweitärmsten Land Lateinamerikas (nach Haiti) ein neues Leben zu beginnen. Nun hat sich aber die wirtschaftliche Situation in Bolivien sukzessive verschlechtert, es gibt keine Arbeit mehr und das Erziehungs- und Gesundheitssystem stehen vor dem Zerfall. Dies führte dazu, dass die Familien, im Wissen um die ebenfalls schlechte wirtschaftliche Situation, nach Guatemala zurückkehren wollen, da sie sich, wie sie selber sagen, in Zeiten der Not doch mehr als GuatemaltekenInnen denn als BolivianerInnen identifizieren.

In eigener Sache

Aus Urlaubs- und Prüfungstechnischen Gründen erscheint der nächste Fijáte erst in einem Monat, am 20. Oktober. Wir bitten um Verständnis und wünschen eine gute Zeit!

Christiane Treeck und
Barbara Müller